

Mehrheit der Jungarbeiter:

Wunsch nach Berufs- ausbildung

2/3 der Schüler ohne Ausbildungsvertrag in Berufsschulen („Jungarbeiter“) haben den Wunsch, nach Abgang von der Schule, eine Lehre zu machen. Dies geht aus einer repräsentativen Befragung von Schülern in nordrhein-westfälischen Berufsschulen hervor, die das Bundesinstitut für Berufsbildung im Herbst '82 durchgeführt hat.

Bei den Jungen war der Wunsch, eine Lehre zu absolvieren, mit einem Anteil von 75 % stärker ausgeprägt als bei den Mädchen (60 %).

Mehr als 1/3 (38 %) bemühte sich zum Zeitpunkt der Befragung noch um einen Ausbildungsplatz; weitere 18 % erklärten, daß sie sich im kommenden Ausbildungsjahr erneut um eine Ausbildungsstelle bemühen werden.

Nur 12 % resignierten und gaben nach erfolgloser Bemühung die Suche nach einem Ausbildungsplatz endgültig auf.

Ausbildungsverbund – eine Chance für mehr und bessere Ausbildungs- plätze

Ausbildungsverbünde sind Kooperationsmaßnahmen, die zur Nutzung sonst „brachliegender“ Ausbildungskapazitäten, zur Zusammenführung von Teil-Kapazitäten einzelner Betriebe für eine Vollausbildung oder zur gleichmäßigeren Auslastung nur teilweise genutzter Kapazitäten führen.

Je nachdem, ob Betriebe oder Verwaltungen untereinander kooperieren oder sich mit außerbetrieblichen Ausbildungsstätten und Schulen zusammenschließen, sprechen wir von einem Betriebsverbund oder von einem erweiterten Lernortverbund.

Die Zusammenarbeit der Verbundpartner kann unterschiedlich organisiert und unterschiedlich intensiv sein. Entscheidend ist, daß auf Arbeitsteilung angelegte Vereinbarungen getroffen werden und daß dadurch – direkt oder indirekt – ein quantitativer Zuwachs, vielfach sogar eine qualitative Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes bewirkt wird.

1 Ringtausch und Delegation

Eine unter quantitativen Gesichtspunkten besonders erfolgversprechende Variante einer Ausbildung im Verbund ist der Zusammenschluß solcher Betriebe zu einem Verbund, die – wenn sie ausbilden wollen – wegen ihrer Spezialisierung auf ergänzende Leistungen von Partnerbetrieben angewiesen sind.

Jeder für sich allein wäre nicht imstande, die Anforderungen der Ausbildungsordnung im vollen Umfang zu erfüllen und müßte ohne die Bildung eines Verbundes auf Ausbildung verzichten. Ausbildungsplätze gingen also verloren oder besser: entstünden gar nicht erst.

Die Bündelung von Teilkapazitäten zu einem solchen Ausbildungsverbund kommt ohne organisatorische Regelungen nicht aus, gleich, ob ein Betrieb als „Leitbetrieb“ – also als Ausbildender im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und als Koordinationsinstanz – fungiert oder ob mehrere oder alle am Verbund beteiligten Betriebe zwar selbst „Ausbildende“ sind, aber eine betriebsübergreifende Ausbildungsplanung betreiben.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wieder liegt ein schwieriges Ausbildungsjahr vor uns. Wieder wird es des Einsatzes aller Kräfte bedürfen, um unsere Jugendlichen ausreichend mit guten Ausbildungsplätzen zu versorgen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage muß dafür noch mehr getan werden als bisher.

Zur Mobilisierung der erforderlichen Ausbildungskapazitäten müssen

- alle frei werdenden Ausbildungsplätze wieder besetzt werden,
- alle Ausbildungseinrichtungen einige zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen („Überlastquote“),
- neue Ausbildungsplätze bereitgestellt werden von Betrieben oder Verwaltungen, die bisher nicht ausgebildet haben, aber ausbilden könnten,
- auch unkonventionelle Maßnahmen ergriffen werden, die Ausbildung ermöglichen.

Ausbildungsmarktkonferenzen sind die regionalen und örtlichen Plattformen, auf denen sich alle Verantwortlichen der Arbeits- und Schulverwaltung, des Handwerks und des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft, der freien Berufe und der öffentlichen Verwaltungen, der Arbeitgeber und Gewerkschaften und nicht zu vergessen die örtliche Presse zusammenfinden. Hier, an Ort und Stelle, müssen Nachfrage und Angebot dargestellt werden. Aus der Diskussion über die Mangelangelegenheit erwächst spontane Hilfe, werden vorher nicht bedachte Lösungen deutlich.

Publizität ist hierfür wichtig. Gutes Beispiel macht nur Schule, wenn darüber berichtet wird. Bei der konkreten Konfrontation mit der Ausbildungsnot Jugendlicher treten sonst übermächtig erscheinende Schwierigkeiten in den Hintergrund.

In der Regel wird das Arbeitsamt solche Ausbildungsmarktkonferenzen veranstalten, weil es die beste Übersicht über die örtliche Situation hat. Veranstalter können aber auch

andere sein. Wichtig ist nur, daß alle an der beruflichen Bildung Beteiligten zusammenfinden. Entscheidend für den Erfolg ist es, daß diese Konferenzen keine einmaligen Veranstaltungen bleiben. Man muß sich wieder treffen, über Erfolge und Mißerfolge berichten, das Problemverhalten der Situation anpassen. Dabei können auch zusätzliche Veranstaltungen verabredet werden. Etwa Lehrstellentage oder Ausbildungsbörsen, die häufig von Kammern veranstaltet werden. Hier können mit Unterstützung des Arbeitsamtes die Betriebe und die Jugendlichen zusammenfinden, die bis dahin noch keinen Ausbildungsplatz erhielten.

Das Problem dieses Jahres, die Mengennachfrage, wird uns noch bis 1986 begleiten. Danach geht die Nachfrage innerhalb von fünf Jahren drastisch um 40 % zurück. Wer heute als Anbieter von Ausbildung auftritt, wahrt seine Chance im Hinblick auf die Zeit, wenn der Wettbewerb um die Jugendlichen einsetzen wird.

Die Bewältigung der technologischen Herausforderung und die langfristige Sicherung eines gut geschulten Fachkräftenachwuchses werden für die Betriebe unseres rohstoffarmen, exportorientierten Landes immer aktuelle Probleme bleiben. Bei der Wahl der Instrumente zur Überwindung der Engpässe müssen wir deshalb trotz der gebotenen Eile sorgfältig vorgehen: nicht nur die Zahl der Ausbildungsplätze ist wichtig, auch ihre Qualität.

Die wichtigste und bedeutsamste Aufgabe ist die Wiederbesetzung der Ausbildungsplätze des Jahres 1980. Dieses Jahr brachte mit 651.000 Ausbildungsverträgen den bisher größten Ausbildungserfolg. Aber es müssen unkonventionelle Maßnahmen hinzutreten. Hier plädiere ich für mehr Ausbildungsverbund von Betrieben. Hier können auch jene sich beteiligen, die sich eine komplette Ausbildung nicht zutrauen oder die volle Übernahme der Kosten scheuen. Aber nicht nur zusätzliche Ausbildungsplätze sprechen für den Ausbildungsverbund:

- Trotz Spezialisierung und Technisierung der Ausbildungsbetriebe gewährleisten mehrere Betriebe die Breite der Ausbildung;
- im Verbund werden die Kosten und Lasten der Ausbildung auf mehrere Schultern verteilt;
- im Verbund erhalten die Jugendlichen mehr Chancen, nach der Ausbildung auch eine Beschäftigung zu finden, als wenn ein Einzelbetrieb über den Bedarf hinaus ausbildet.

In Erkenntnis dieser Vorteile bietet die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf ihren Mitgliedsunternehmen einen neuen Service an: Die Kammer veröffentlicht in ihrem „Schnelldienst“ Angebote und Nachfragen von „Ausbildungsverbundbetrieben“ in bezug auf den Ausbildungsberuf, Ausbildungsbereich und den Sitz des Unternehmens. Das Beispiel ist nachahmenswert.

Das Bundesinstitut hat die Neuauflage seiner Broschüre „Ausbildung für alle“ fertiggestellt, in der wir über uns bekannt gewordene Maßnahmen zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes berichten. Seit der ersten Auflage im Frühjahr 1982 sind uns viele neue Vorschläge zugegangen. Wir würden uns jedoch auch freuen, in dieser Zeitschrift regelmäßig über neue Initiativen berichten zu können, damit sie möglichst viele Nachahmer finden. Schreiben Sie uns bitte! Wir werden das unsere tun, die Nachricht zu verbreiten.

Hermann Wunick

2 Ausbildungsverein

Eine Alternative zur planvollen Kooperation von „Stamm-“ und „Patenbetrieben“ (Ringtausch) besteht darin, daß die Firmen einen Ausbildungsförderungsverein gründen, der dann anstelle der Mitglieder als Vertragspartner der Auszubildenden auftritt. Der Verein tritt in sämtliche Rechte und Pflichten ein, die das Berufsbildungsgesetz sonst dem einzelnen Ausbildungsbetrieb auferlegt. Er überträgt die Durchführung der Ausbildung jedoch auf die Mitgliedsbetriebe.

Die Vereinskonstruktion selbst, mehr aber noch die Satzung des Vereins bedeutet eine starke rechtliche Bindung des in die Ausbildung – oder wenigstens in deren Finanzierung – einbezogenen Mitglieds. Andererseits dient diese Konstruktion aber auch der Entlastung des einzelnen ausbildenden Betriebs, da die Geschäftsstelle des Vereins dem Einzelbetrieb den oft nicht unerheblichen planerischen und organisatorischen Aufwand abnimmt.

Eine derartige Entlastung ist vor allem dann angezeigt, wenn Be-

Ausbildungsverbund noch in den Anfängen

Der Ausbildungsverbund steckt in vielen Ausbildungsbereichen noch in den Anfängen. Dies zeigt eine Befragung von 14.000 Betrieben in Industrie, Handel, Handwerk und Bauhauptgewerbe, die 1982 vom Ifo-Institut für das Bundesinstitut für Berufsbildung durchgeführt wurde.

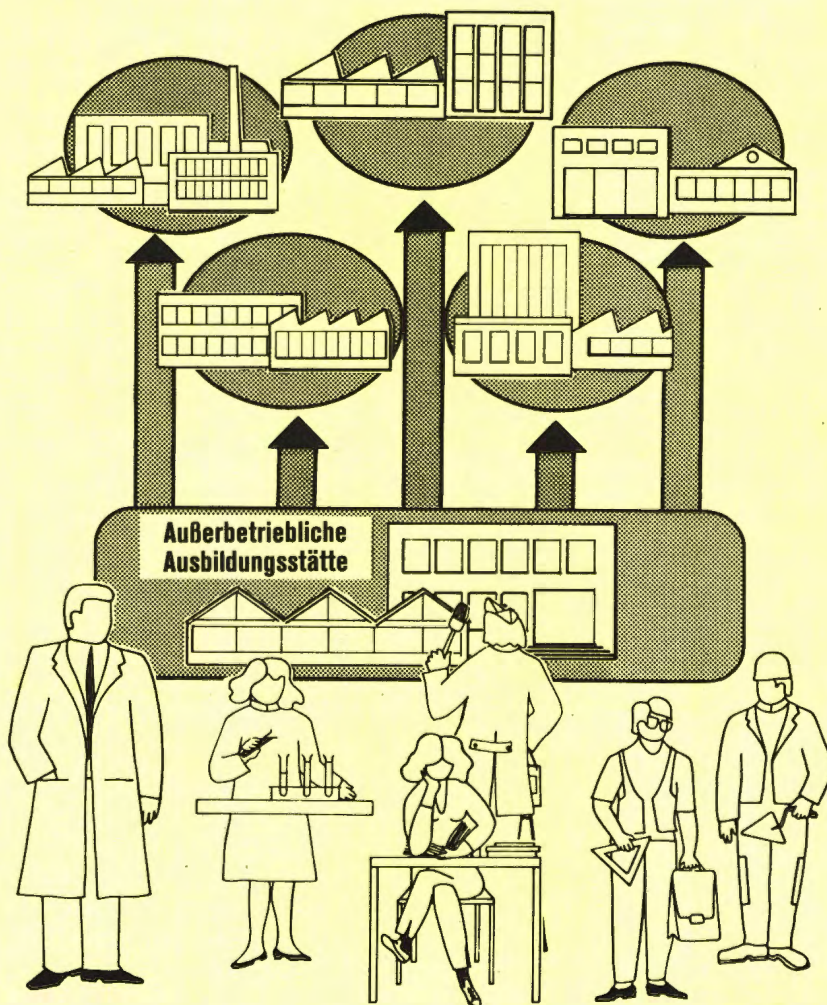
Eine nennenswerte Beteiligung am Ausbildungsverbund meldeten nur die Industriebetriebe (5,0 %) und das Bauhauptgewerbe (4,5 %). Für Handwerksbetriebe (0,6 %) und den Handel (0,8 %) spielt der Ausbildungsverbund derzeit noch kaum eine Rolle. Nur die größeren Handwerksbetriebe – mit mehr als 20 Beschäftigten – meldeten mit 2,6 % eine Beteiligung, die um einiges über der durchschnittlichen Beteiligung aller Handwerksbetriebe liegt. Bei den Industriebetrieben steigt die Beteiligung am Ausbildungsverbund kontinuierlich mit der Betriebsgröße.

Anteil der befragten Industriebetriebe, die an einem Ausbildungsverbund beteiligt sind:

Größenklassen	in %
unter 50 Beschäftigte	2,4
50–199 Beschäftigte	6,3
200–499 Beschäftigte	8,2
500–999 Beschäftigte	13,0
1000 und mehr Beschäftigte	16,8
insgesamt	5,0

Erweiterter Lernortverbund

Werkstattausbildung mit eingelagerten Betriebspraktika



© 1983 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

bi
bb

triebe, die wegen ihrer Spezialisierung bis dahin nicht ausgebildet hatten oder nicht mehr ausbilden konnten, als Ausbildungsbetriebe überhaupt erst (wieder) gewonnen werden müssen.

Der Gewinn einer so zustande kommenden Bündelung sonst ungenutzt bleibender Ausbildungskapazitäten liegt in erster Linie in der Vermehrung des Ausbildungsplatzangebots, darüber hinaus aber auch in der Ausschöpfung spezieller, für die Sicherung der Qualität bedeutender Ausbildungspotentiale.

3 Gemeinsame Grundbildung

Die Zusammenarbeit erfolgt in der Weise, daß Betriebe Teile der Ausbildung, insbesondere die Grundbildung gemeinsam durchführen, und zwar so, daß in einem Betrieb (oder auch in einer Berufsschule) vorhandene Ausbildungskapazitäten von anderen Betrieben – meist gegen Entgelt – mit genutzt werden oder daß die in dem Verbund zusammengeschlossenen Betriebe die benötigten Ausbildungsvoraussetzungen, etwa in Form einer gemeinsam eingerichteten und

betrieblenen Lehrwerkstatt, eigens schaffen.

Dies bringt Verpflichtungen mit sich, die wegen der Kosten, aber auch wegen des Umfangs und des obligatorischen Charakters der Ausbildungsleistungen formell geregelt sein müssen.

Denkbar ist, daß die Inanspruchnahme von Grundbildungskapazitäten anderer, meist größerer Betriebe seitens kleinerer und stärker spezialisierter Firmen dadurch abgegolten wird, daß diese in der Fachstufe spezielle Ausbildungsleistungen für den besagten Großbetrieb erbringen. Hier kämen also sowohl quantitative als auch qualitative Vorzüge einer Verbundausbildung zum Tragen.

4 Erweiterter Lernortverbund

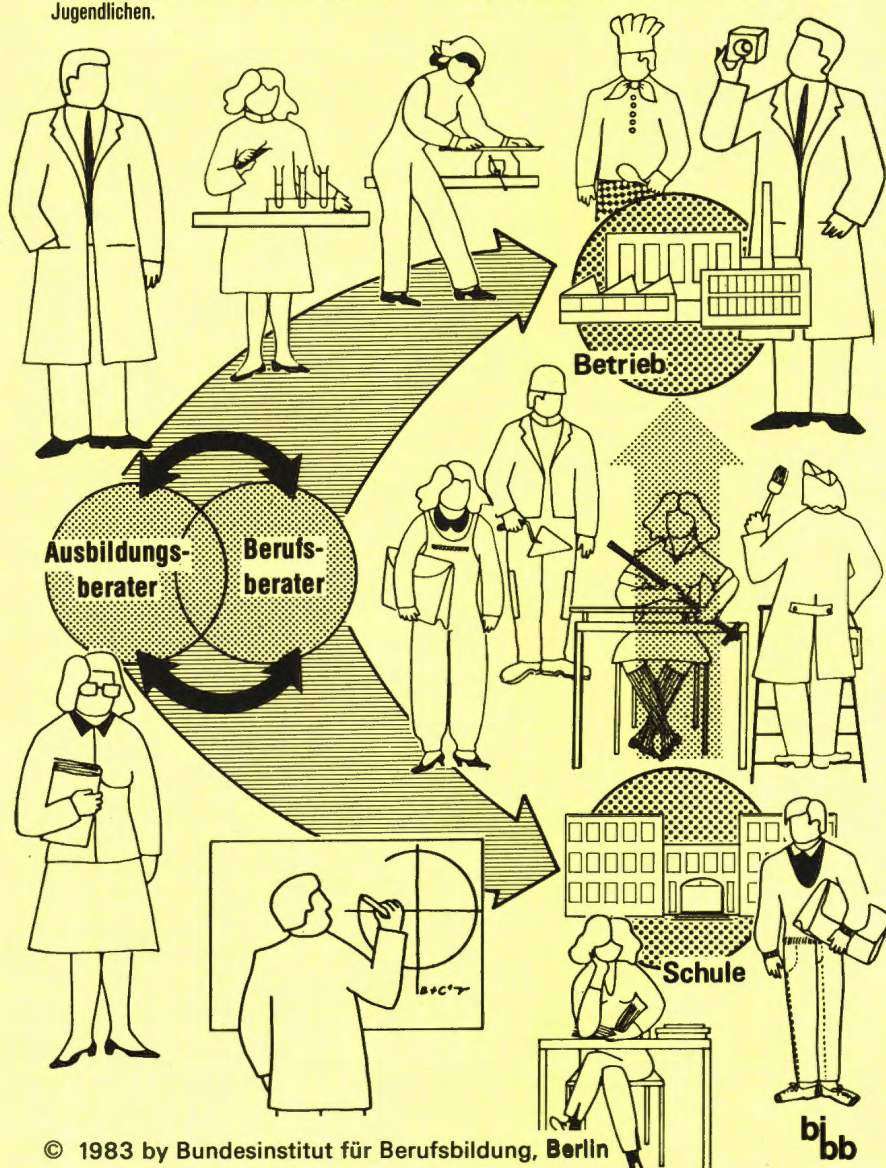
Anders als bei den Ausbildungsverbundsystemen, die durch unterschiedlich organisierte Kooperation ausbildender Betriebe gekennzeichnet sind („Betriebsverbund“), handelt es sich hier um außerbetriebliche Ausbildungsgänge, in die Betriebspraktika eingefügt werden. Die Einrichtungen werden aus staatlichen, kommunalen und privaten Mitteln finanziert.

Die ausbildende Wirtschaft ist hier in der Weise gefordert, daß sie Praktikumsplätze zur Verfügung stellt und so den Übergang der Jugendlichen aus dem Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem erleichtern hilft.

Zur Unterscheidung vom Betriebsverbund wird dieser Typus „Lernortverbund“ genannt, weil die Anteile außerbetrieblicher Lernorte wie überbetrieblicher Ausbildungsstätten oder Berufsschulen überwiegen.

Kooperation von Ausbildungsberatern und Berufsberatern

Berufsberater der Arbeitsämter und Ausbildungsberater der Kammern arbeiten eng zusammen, um freie Ausbildungsplätze aufzuspüren. Ihre gemeinsamen Anstrengungen gelten besonders schwer vermittelbaren Jugendlichen.



Selbständig durch Selbstlernen: Das Lehr-/Lernsystem Hobbymaschinen

Selbständiges Arbeiten durch selbständiges Lernen zu lernen und dabei Schwächeren eine besondere Chance zu geben, war der Grundgedanke eines Modellversuchs, den die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG durchgeführt haben und der vom Bundesinstitut für Berufsbildung betreut wurde. Ergebnis ist das „Lehr-/Lernsystem Hobbymaschine“, das jetzt vom BIBB in Heft 15 der Reihe Modellversuche zur beruflichen Bildung vorgestellt wurde. In Übertragungsveranstaltungen im Anschluß an den Modellversuch sind mehr als 300 Ausbilder und Ausbildungsleiter aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland mit den Einsatzmöglichkeiten des Lehr-/Lernsystems vertraut gemacht worden.

Die Jugendlichen erwerben für Betriebsschlosser und ähnliche Metallberufe wichtige Kenntnisse und Fertigkeiten bei der Herstellung eines erweiterungsfähigen Projektes, beginnend mit einem Bohrmaschinenständer über eine Dreh- und Drechselmaschine bis hin zu einer Kreissägevorrichtung. Dem verschie-

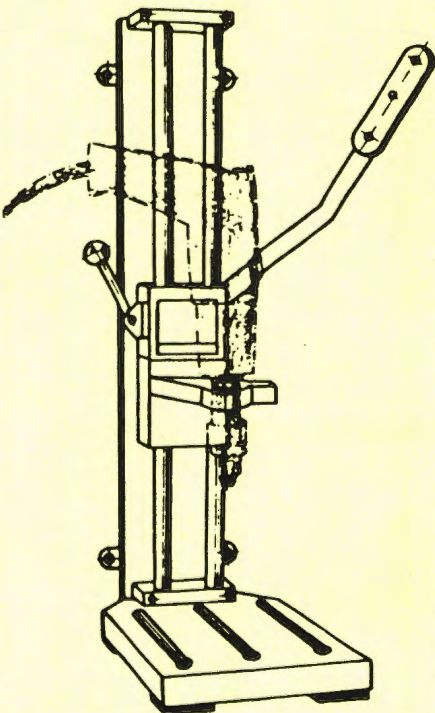
denen Lern- und Arbeitstempo der Jugendlichen wird 1. durch Gruppeneinteilung und 2. durch Zerlegung der Produktion der Hobbymaschinen in Grund- und Zusatzgeräte Rechnung getragen. Wer langsamer arbeitet, hat am Ende zwar ein funktionstüchtiges Grundgerät, aber weniger oder gar keine Zusatzteile. Er hat

in jedem Falle die vorgegebenen Mindestlernziele erreicht.

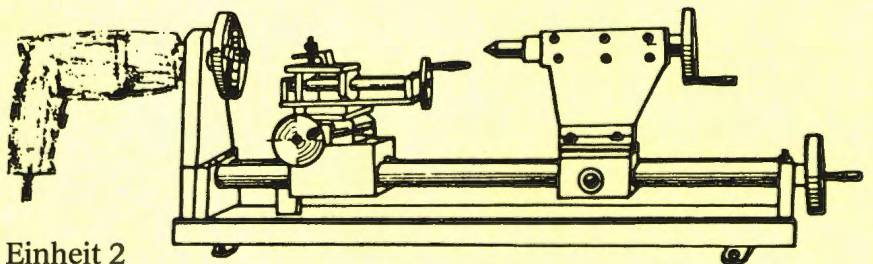
Im Modellversuch ging man davon aus, daß die Ausführung von Arbeitstätigkeiten dadurch gesteuert wird, daß im Kopf des Arbeitenden zuerst Bilder vom Ziel und vom Weg gebildet werden. Es entsteht ein gedanklicher Plan. Dieser Plan wird dann abgearbeitet, indem die jeweils konkrete Arbeitshandlung mit der gedachten Arbeitshandlung verglichen und so lange korrigiert wird, bis das konkrete Arbeitsergebnis mit dem gedachten übereinstimmt. Im Modellversuch wurde dieser Prozeß in fünf Stufen zerlegt:

- Information über den Arbeitsauftrag
- Planung und Entscheidung
- Ausführung der Arbeit
- Kontrolle der Arbeitsergebnisse
- Bewerten der Ergebnisse

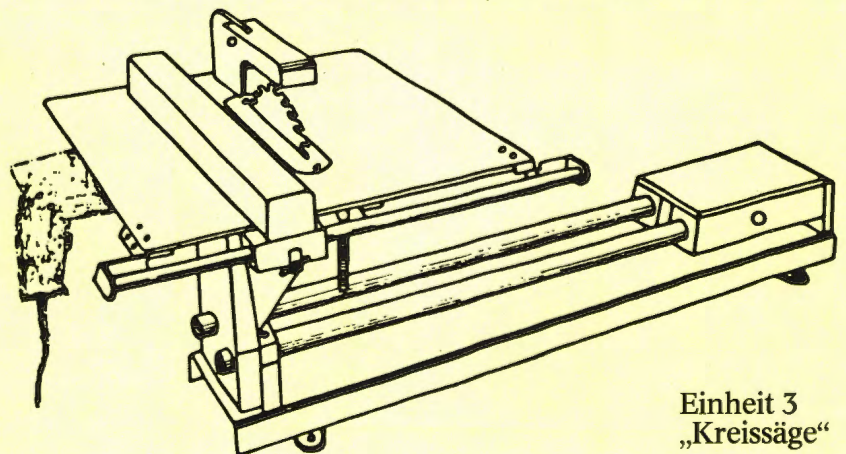
Die Steuerung des Lernprozesses erfolgt mit drei Arten von Arbeitsaufgaben, die auch als Ele-



Einheit 1
„Bohrmaschinenständer“



Einheit 2
„Dreh- und Drechselmaschine“



Einheit 3
„Kreissäge“

mente des Systems verstanden werden können.

1. Leitfragen: Die Leitfragen steuern den Lern- und Informationsprozeß. Es werden z. B. Fragen gestellt, die sich auch ein Facharbeiter beim Lesen einer Zeichnung stellen würde, aber auch solche, die auf besondere Schwierigkeiten hinweisen. Im Lehr-/Lernsystem müssen diese Fragen von einer Kleingruppe von Auszubildenden schriftlich beantwortet werden. Mit der Beantwortung sollte sichergestellt sein, daß die Auszubildenden der Zeichnung alle Informationen entnommen haben, die zur Herstellung des Werkstückes notwendig sind.

2. Arbeitsschrittkarten: Der gesamte Arbeitsprozeß wird in einzelne Arbeitsstufen zerlegt und die einzelnen Stufen auf Karten geschrieben. Diese Karten müssen von einer Gruppe von Auszubildenden wieder zu einem Arbeitsplan geordnet werden. Wie detailliert die Arbeitsabläufe beschrieben werden und wie weit der Ablauf zergliedert wird, hängt vom Stand der Ausbildung ab. Die Auszubildenden sollen lernen, Entscheidungspunkte im Arbeitsablauf zunehmend selbst zu erkennen.

3. Lernzielkontrollbögen: Zur Auswertung eines Teilprojektes wird für jede Grundfertigkeit ein gesonderter Bogen erstellt, der dem Auszubildenden eine Kontrolle darüber ermöglicht, ob er diese Grundfertigkeit hinreichend beherrscht. Um dies möglich zu machen, enthält der Bogen eine hinreichende Anzahl von Maß- und Sichtkontrollen und Punktzahlen als Sollwerte. Werden die Sollwerte nicht erreicht, ist der Auszubildende aufgefordert, selbst nach einer möglichen Fehlerursache zu suchen.

Das hier entwickelte Lehr-/Lernsystem läßt sich sowohl auf andere Projekte als auch auf lehrgangsorientierte Ausbildungsmethoden anwenden.

Neue Möglichkeiten erproben:

Modellversuche helfen bei der Lösung von Ausbildungsproblemen

Wenn die alten Ausbildungsinhalte nicht mehr stimmen, wenn die alten Ausbildungsmethoden nicht mehr ziehen, wenn für neue Probleme neue Lösungen gefunden und erprobt werden müssen, dann helfen auch in der betrieblichen Berufsausbildung Modellversuche.

Seit 1971 werden sie vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft finanziell gefördert, seit 1978 hat das Bundesinstitut für Berufsbildung deren fachliche Betreuung, deren Koordinierung sowie die Verwaltung und Zuteilung der Gelder übernommen: Weit mehr als 80 sind es heute, rund 550 Betriebe in der ganzen Bundesrepublik Deutschland sind daran beteiligt. Denn die Initiative zu den Versuchen geht meistens von Ausbildungsbetrieben aus, die nach Lösungsmöglichkeiten für ihre Ausbildungsprobleme suchen. Ihre Beteiligung stellt gleichzeitig sicher, daß neue Konzeptionen praxisnah entwickelt und erprobt werden, und die Ergebnisse der Modellversuche auch für andere Betriebe nutzbar gemacht werden können.

Vielfältig wie die Ansätze sind auch die Ergebnisse: Da fallen direkte Hilfen für den Ausbildungspraktiker an, etwa in Form von Ausbildungsplänen, didaktischen Materialien, Ausbildungsmitteln oder ausbildungsmethodischen Handreichungen. In anderen Versuchen haben die Ergebnisse stärker den Akzent von Entscheidungs- und Umsetzungshilfen für Bildungsplanung oder Bildungspolitik.

Neun inhaltliche Förderbereiche gibt es derzeit bei den Modellversuchen:

- Weiterentwicklung, Aktualisierung und Erprobung von Ausbildungsgängen und Ausbildungsinhalten in der beruflichen Erstausbildung
- Erprobung neuer Ausbildungsmethoden
- Weiterbildung von Ausbildungsberatern
- Weiterentwicklung beruflicher Prüfungen
- Berufsausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Ausbildungsberufen
- Berufsvorbereitung und Berufsausbildung jugendlicher Problemgruppen (Lernschwache und Lernbeeinträchtigte)
- Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher und junger Erwachsener
- Berufliche Fort- und Weiterbildung
- Förderung gestalterisch-kreativer Fähigkeiten in der Berufsausbildung

Was, wo, von wem gemacht wird, zeigt eine neue Broschüre des Bundesinstituts für Berufsbildung. Interessenten können sie in Einzelstücken dort erhalten.

Berufsvorbereitende Klassen und Kurse:

Mädchen haben es schwerer, eine Ausbildung anzuschließen

Mädchen haben es besonders schwer am Ausbildungsstellenmarkt. Sie sind mit 38 % der Auszubildenden nach wie vor die Minderheit, stellen aber die Mehrheit der Unversorgten. Auch berufsvorbereitende Maßnahmen führen bei ihnen seltener zu einer Berufsausbildung als bei Jungen.

70.000 Teilnehmer hatte das Berufsvorbereitungsjahr 1979/80, fast viermal soviel wie 1973. Etwa 45 % der Teilnehmer waren Mädchen. Sie brachten eine bessere schulische Vorbildung mit als die Jungen: 29 % der Mädchen hatten bereits einen Hauptschulabschluß gegenüber nur

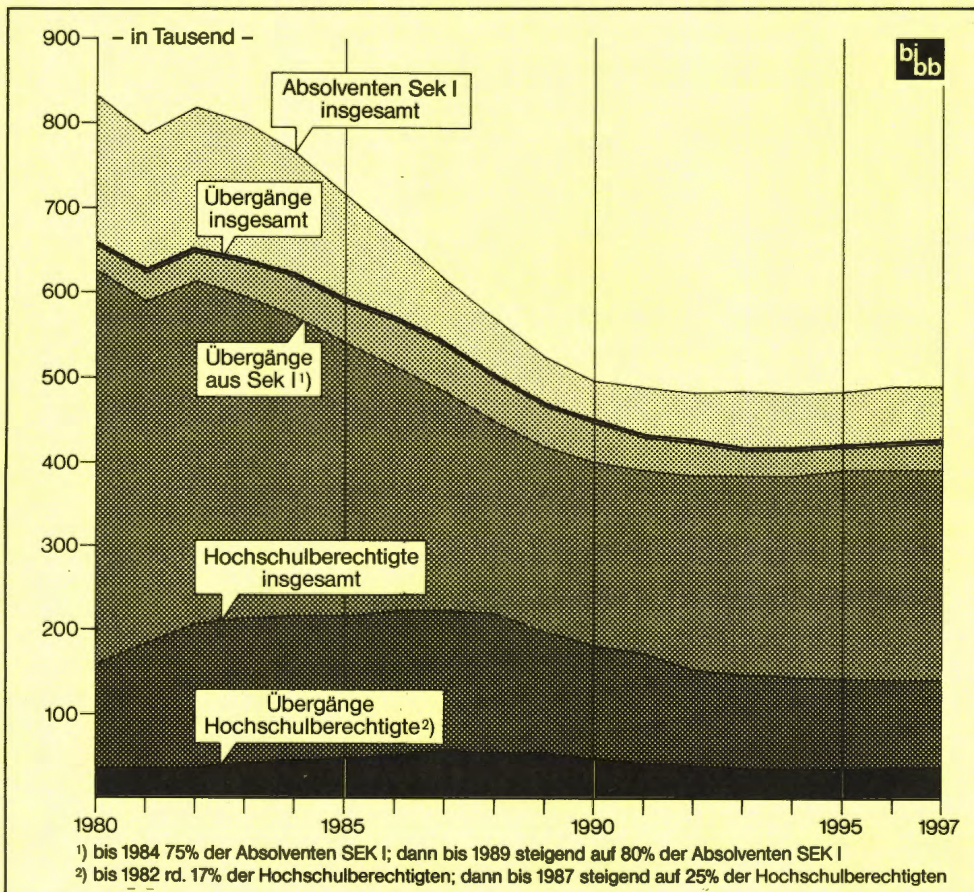
19 % der Jungen. Dennoch waren zwei Jahre nach dem BVJ von ihnen nur 35 % bei der Lehrstellensuche erfolgreich, während 50 % der Jungen einen Ausbildungsplatz finden konnten.

Wunsch und Wirklichkeit der Teilnehmerinnen des Berufsvor-

bereitungsjahres über ihren weiteren Ausbildungsweg klaffen stark auseinander. Das wurde bei drei Befragungen im Herbst 1979, 1980 und 1981 deutlich:

- An allen drei Zeitpunkten nannte die Mehrheit der Mädchen als Wunsch eine Berufsausbildung im dualen System.
- Im ersten Jahr nach der Berufsvorbereitung, 1980, konnten 29 % das Ziel Berufsausbildung erreichen, 15 % gingen weiter zur Schule, 29 % hatten eine Arbeit angenommen, 27 % waren ohne Ausbildung und Arbeit.
- Zwei Jahre nach der Berufsvorbereitung, 1981, waren 39 % der Mädchen im dualen System, weitere 9 % in der Schule, 32 % in Arbeit und 21 % ohne Ausbildung und Arbeit.

Übergänge duales System aus Sekundarstufe I und von Hochschulberechtigten 1980-1997



Die Zahl der Absolventen der Sekundarstufe I (Hauptschule, Realschule) wird sich nach 1983 deutlich verringern. Allerdings besuchen viele Jugendliche berufsbildende Schulen (Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschulen), bevor sie eine Ausbildung im dualen System beginnen, so daß die Nachfrage „gestreckt“ wird und noch einige Zeit mit einem hohen Niveau zu rechnen ist. Die Zahl der Abiturienten erreicht um 1987 ihren Höhepunkt. Dann ist damit zu rechnen, daß 25 % eine Ausbildung im dualen System aufnehmen. Der starke Rückgang aus Haupt- und Realschulen bewirkt jedoch, daß die Zahl der Neuabschlüsse gegen Ende der 80er Jahre auf weniger als 500.000 fallen wird, auch wenn bei Übergängen der Abiturienten eine gewisse Bandbreite angenommen wird.

Damit Kenan seine Ausbildung zu Ende macht:

Neue Hilfen für Ausbilder bei der Ausbildung türkischer Jugendlicher

„Kenan ist ein türkischer Auszubildender im dritten Ausbildungsjahr, 18 Jahre alt, der älteste Sohn der Familie.“, so beginnt eines der 14 Fallbeispiele des branchenunabhängig konzipierten Lehrgangs „Ausbildung von türkischen Jugendlichen“. Dieser Lehrgang, Produkt eines vom BIBB betreuten Modellversuchs, soll Ausbildern helfen, die Schwierigkeiten bei der Ausbildung türkischer Jugendlicher zu meistern. Den Modellversuch hat die Handwerkskammer zu Köln in Zusammenarbeit mit drei Industriebetrieben, den Bayerwerken AG, den Ford-Werken AG und der Klöckner-Humboldt-Deutz AG durchgeführt. Er wurde von Praktikern unter Beteiligung des Bundesinstituts für Berufsbildung entwickelt.

Im Fall Kenan führt die familiäre Situation schließlich zum Ausbildungsabbruch, obwohl Kenan seine Ausbildung gern zu Ende geführt hätte.

Der Lehrgang bereitet die hierbei entstehenden Probleme – wie auch in allen anderen Fallbeispielen – anhand von fünf Leitfragen auf:

1. Was sind die Probleme des Jugendlichen?
2. Was sind die Probleme des Ausbilders?
3. Woraus sind diese Probleme entstanden? (Hintergrund)
4. Wie ist das Ausbilderverhalten einzuschätzen?
5. Was hätte der Ausbilder machen können?

Der Darstellung der 'Kardinalfragen' folgt in einem weiteren

Teil des Lehrgangs die eingehende Erläuterung der Zusammenhänge und der Hinweis auf weitere Literatur. Jeder Fall bekommt seine besondere Erörterung.

Fälle allein können aber nicht alle Fragen darstellen. Deshalb werden in einem zweiten Teil des Lehrgangs

- Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in der Türkei,
- Türkische Familien im Herkunftsland und in der Bundesrepublik Deutschland,
- Ausbildungsrecht/Ausländerrecht und
- Schule und Ausbildung in der Türkei

dargestellt und erläutert.

Damit künftige Kenans ihre Ausbildung zu Ende bekommen: Der

Zum Ausbildungsjahr 1983/84:

Neue Ausbildungsordnungen

Insgesamt 11 neue Ausbildungsordnungen treten zum 01.08.1983 in Kraft. Sie gelten damit ab Beginn des neuen Ausbildungsjahres 1983/84. Es sind dies die Ausbildungsordnungen

- Raumausstatter/Raumausstatterinnen
- Straßenwärter
- Orthopädieschuhmacher/Orthopädieschuhmacherin
- Stricker/Strickerin
- Klavier- und Cembalobauer/Klavier- und Cembalobauerin
- Film- und Videolaborant/Film- und Videolaborantin
- Müller/Müllerin
- Weinküfer/Weinküferin
- Industriekeramiker/Industriekeramikerin
- Bäcker/Bäckerin
- Konditor/Konditorin

Ausbilderlehrgang „Ausbildung türkischer Jugendlicher“ und der dazu passende 30-minütige Videospot sind bei der Verlagsanstalt Handwerk, Postfach 81 20, 4000 Düsseldorf 1, zu beziehen; die zuständige Fachabteilung (2.1) des BIBB gibt Auskünfte aus der wissenschaftlichen Begleitung.

Handreichungen für eine projektorientierte Berufsausbildung im Berufsfeld Agrarwirtschaft

Als erstes Heft der Handreichungen für den Ausbildungsberuf Gärtner/Gärtnerin (Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau) ist das Projekt „Hinterhofbegrünung“ erschienen.

Es enthält Aussagen zur pädagogischen Grob- und Feinplanung,

eine Beschreibung der Ausbildungssituation, einen projektbegleitenden Lehrgang „Feldmessen“, den Erfahrungsbericht zweier Auszubildender und als Anlagen Arbeitsplan, Leistungsverzeichnis und Zeichnungen. Das Projekt Hinterhofbegrünung ist im Rahmen des Berliner Modellversuchs „Ausbildung Jugendlicher im Jugendhilfebe-

reich“ erarbeitet und durchgeführt worden.

Die Handreichung wird den Trägern im „Benachteiligtenprogramm“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft als Erprobungsfassung zur Verfügung gestellt.

Einzelexemplare können vom BIBB, Bereich 2.2.2, angefordert werden.